

E-Mail

Medien Stadt Luzern

Luzern, 6. Juni 2023

Medienmitteilung

Versteckte Armut in der Stadt Luzern bekämpfen

Mediensperfrist: Donnerstag, 6. Juli 2023, 11 Uhr

Während der Pandemie gerieten speziell Personen mit B- oder C-Ausweis sowie Sans-Papiers in finanzielle Probleme. Viele konnten (noch) weniger arbeiten und verdienen und gerieten so unter das Existenzminimum. Sozialhilfe zu beantragen getrauten sie sich aus Scham oder Angst um ihren Aufenthaltsstatus jedoch oft nicht. Öffentlich sichtbar sind solche Fälle nie, weshalb hier von versteckter Armut gesprochen wird. Diese wollte die Stadt Luzern 2021 mit dem Projekt Überbrückungshilfe verringern. Fazit: Neben der finanziellen Hilfe ist vor allem eine professionelle Beratung wichtig und nachhaltig. Deshalb will die Stadt die Beratungen auch weiterhin finanzieren.

Viele Ausländerinnen und Ausländer in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind während der Corona-Pandemie finanziell (noch stärker) in Not geraten – trotz grundsätzlich gut funktionierender sozialer Sicherungssysteme. Grund ist die Migrationsgesetzgebung des Bundes: Wer einen B- oder C-Ausweis hat, läuft Gefahr, bei einem Sozialhilfebezug den Aufenthaltsstatus zu verlieren. Die betroffenen Personen können oder wollen sich darum in der Regel nicht an die Sozialen Dienste ihrer Gemeinde wenden. Die Stadt Luzern wollte mit dem Pilotprojekt Überbrückungshilfe die Not dieser Menschen lindern. Von September 2021 bis Februar 2023 wurden für sie durch zwei Partnerorganisationen Beratung und finanzielle Hilfe angeboten (siehe [Mitteilung vom September 2021](#)). Dies ohne negative Auswirkung auf den Aufenthaltsstatus.

Rückblick und Fazit

Für die Umsetzung des Projekts Überbrückungshilfe wurden 2021 die Caritas Luzern und die Kontakt- und Beratungsstelle für Sans-Papiers Luzern beauftragt. Insgesamt haben 168 Personen von der Überbrückungshilfe profitiert. Total wurden rund 230'000 Franken Direkthilfe ausbezahlt. Ein grosser Teil davon entfiel auf Kosten im Zusammenhang mit Gesundheit, Nahrungsmitteln oder Wohnen. In den Beratungsgesprächen ging es unter anderem darum, Anrecht auf Unterstützungsleistungen zu klären und zu beantragen – zum Beispiel für individuelle Prämienverbilligung, die Kulturlegi oder Familienzulagen. Diese Unterstützungsbeiträge stellten keinen Teil des Lebensunterhaltes dar, sondern überbrückten vorübergehende finanzielle Notsituationen. Fazit: In vielen Fällen liessen sich dank finanzieller Unterstützung Notlagen überwinden. In Kombination mit Beratung konnten oft Lösungen gefunden werden, die zu einer Stabilisierung oder Verbesserung der Situation führten. Es hat sich auch gezeigt, dass die Beratungen selber oft nachhaltiger wirkten als der finanzielle Beitrag – da knüpft Luzern jetzt an.

Ausblick und weiteres Vorgehen

Mit Blick auf eine nachhaltige Armutsbekämpfung werden die Weichen hauptsächlich auf nationaler und kantonaler Ebene gestellt. Die Städte sind ergänzend aber in der Lage, wichtige Impulse zu setzen. Darum schliesst die Stadt Luzern im Anschluss an das Pilotprojekt Überbrückungshilfe mit den beiden involvierten Vereinen einen Leistungsauftrag ab: mit dem Verein Sans-Papiers Luzern wurden 20'000 Franken pro Jahr vereinbart, mit der Caritas Luzern 45'000 Franken. Mit diesem Geld kann die niederschwellige Beratung der eingangs erwähnten ausländischen Armutsbetroffenen weitergeführt werden. Auch finanzielle Beiträge auszurichten ist weiterhin möglich. Versteckte Armut kann damit gelindert werden. Bedingung für Betroffene ist wie bisher: Sie müssen seit mindestens einem Jahr in der Stadt Luzern wohnen.

«Dem Stadtrat ist es wichtig, die versteckte Armut in der Stadt nach dem Ende des Pilotprojektes weiterhin auf zwei Ebenen zu bekämpfen: mit Beratungen und mit einmaligen Beiträgen in finanziellen Notlagen», betont Martin Merki. Der Stadtrat werde sich zudem stark machen für eine Abschaffung der «Schwarzen Liste» für säumige Krankenkassen-Prämienzahler im Kanton und für eine markante Erhöhung der Sozialhilfeansätze für Personen mit Status F in der neuen kantonalen Asylverordnung.

Hinweis:

Das Projekt Überbrückungshilfe wurde von der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (zhaw, Soziale Arbeit) evaluiert. Der Bericht ist zugänglich unter: <https://www.stadtluzern.ch/dokumente-bilder/publikationen/447733>

Beilage:

- Detaillierte Antwort des Stadtrates auf die Interpellation 246: «Erfahrungen und Learnings aus dem Pilotprojekt Überbrückungshilfe». Im Stadtparlament wird die Interpellation voraussichtlich am 28. September 2023 besprochen.